

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

30.4.1924 (No. 101)

Expedition:
Karlsruher
Straßen 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche weiser Bezahlung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen

Reichsminister zur Lage

Eine Rede des Reichskanzlers im besetzten Gebiet

Vor einer überaus stark besuchten Wählerversammlung in Köln ergriff Reichskanzler Marx das Wort, um zunächst im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Gutachten der Sachverständigen zu bemerken, daß ein Schweigen oder ein Hinauszögern der Entscheidung der Reichsregierung keinen Nutzen gehabt hätte. Das Recht des künftigen Reichstages werde durch die Entscheidung der Reichsregierung nicht beeinträchtigt. Die Entscheidung bedeute keineswegs eine Anerkennung aller Einzelheiten des Gutachtens. Selbstverständlich werde die Erfüllung der von den Sachverständigen selbst aufgestellten Voraussetzungen über die wirtschaftliche, finanzielle und verwaltungsmäßige Hoheit des Reiches von der Reichsregierung mit allem Nachdruck verlangt werden. Auch sei die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen unerlässlich.

Der Reichskanzler wandte sich dann gegen den verbreiteten Wahnsinn derer, die einem waffenlosen Volk vortäuschen wollen, durch Betätigung von Mut und Tapferkeit könne es sich die Rettungerringen. Man müsse sich mit der Tatsache abfinden, daß Frankreich zurzeit die stärkste Militärmacht der Welt sei, während Deutschland alles feste, womit ein moderner Krieg geführt wird. Es sei aber verfehlt, die Schuld unserer jetzigen Lage auf die Republik und die Unfähigkeit der republikanischen Regierungen zu legen, als ob es nicht in erster Linie der verlorenen Krieg wäre, der unsere heutige Not herbeigeführt hat.

Nach einem Hinweis auf die Tatsache, daß unsere Währung seit dem 16. November stabil geblieben ist, betont der Redner, daß die entscheidende Frage jetzt sei, ob der von der Regierung beschrittene Weg zu einer ruhigen Fortentwicklung weiterführe, oder ein unbestimmter Weg eingeschlagen werden soll, der das deutsche Volk noch einmal in die schmerzliche Flut der Inflation stürzen würde. Mit einer deutsch-bäuerlichen oder deutschnationalen Mehrheit des neuen Reichstages würde nach menschlichem Ermessen der Untergang des Reiches besiegelt sein. Die Entente-Staaten würden gegen eine radikalere Mehrheit im neuen Reichstag gemeinsam an die Seite Frankreichs treten. Dann wäre das besetzte Gebiet verloren und für unabhingbare Zeit dem Deutschen Reiches getrennt. Auch eine starke kommunistische Partei, namentlich mit Unterstützung rechtsradikaler Kreise würde eine erprießliche politische Arbeit des neuen Reichstages hindern. Der Reichskanzler warnt dann vor Stimmhaltung, und wenn man ein ruhiges Fortschreiten unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Befreiung des Ruhrgebietes, die Verminderung gewalttätiger Eingriffe der Ententemächte in die deutsche Hoheit und den wirtschaftlichen Aufstieg wolle, dann möge man bei den bevorstehenden Wahlen die Parteien festlegen, die bisher die Regierung politisch unterstützt haben.

Eine Rede Stresemanns

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Hannover hielt Reichsminister Dr. Stresemann eine große Rede über die parteipolitische Lage:

In den nächsten Monaten, so führte er aus, stehen wir vor einer der größten außenpolitischen Entscheidungen. Es handelt sich um eine Schicksalsfrage des Deutschen Reiches. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Außenpolitik gegenüber der Innenpolitik in den Vordergrund zu stellen. Drei große Mächte haben uns übereinstimmende Noten geschickt, in denen zum Ausdruck kommt, daß Deutschland überflutet wird von einer nationalen Welle und von Geheimbänden. Es handelt sich darum, daß die Großmächte in der Wäntingerbewegung und anderen Bündnis für sich eine Gefahr sehen. Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, zu sagen, was die Reichsregierung auf diese Noten antworten wird. Meine persönliche Meinung deckt sich mit der des englischen Premierministers MacDonald, der kürzlich ausgeführt hat, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland der Reflex der Politik sei, die die Allierten in den letzten Jahren gegenüber Deutschland getrieben haben. Glaubt man denn, daß wir Deutsche ein solch verführerisches Volk wären, daß alle die nationalen Demütigungen nicht eine starke Rückwirkung haben müssen auf unsere nationale Seele? Die nationalen Demütigungen dürfen aber nicht dahin führen, eine Missionspolitik zu treiben. Gätten wir uns dazu, daß wir uns Kräfte vorkaufschien, die wir nicht besitzen. Ich betone, ich bin der Außenminister eines waffenlosen Landes und es ist Dummheit, mit dem Gedanken eines Nebandekrieges zu spielen, angesichts der waffenstarken Mächte, die uns umgeben.

Unsere Hauptaufgabe muß heute sein, erst einmal unsere Souveränität im ganzen Reich wieder herzustellen und darauf hinzuwirken, daß die Befragung aus den deutschen Gebieten herauskommt. Wir müssen zeigen, daß der Niedergang Deutschlands, der durch die Politik unserer Gegner hervorgerufen wird, auch die anderen Nationen mit uns ins Verderben ziehen würde. Die fortgesetzten Konferenzen, die abgehalten worden sind, zeigen das böse Gewissen der Welt über den Versailles Vertrag. Wir werden demnach infolge der Sachverständigen Gutachten vor wichtige Entscheidungen gestellt werden. Dr. Stresemann zeigte dann, warum die Reichsregierung diese Gutachten als Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage ansieht. Die Befragungsmächte haben nach dem Gutachten die Befragungskosten selbst zu zahlen. Ich sehe diese Frage der Befragungskosten als die wichtigste an. Ob man darnach noch so viele Truppen in den heute besetzten Gebieten belassen wird, dürfte fraglich sein. Ich glaube, dies wird der beste Sebel sein, um zu einer Verminderung der Befragungskosten zu kommen. Poincaré hat behauptet, wir wären reich und hätten uns eines betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht. Wenn aber jetzt die Sachverständigen erklären,

Deutschland sei von sich aus nicht in der Lage, aus eigener Kraft auch nur einen Pfennig zu bezahlen, und wenn sogar festgestellt wird, Deutschland dürfe nicht bezahlen, wenn es nicht der Gefahr ausgesetzt werden soll, wieder in den Währungsverfall zu kommen, dann ist das der beste Beweis von der Anaufrichtigkeit des französischen Vorwurfs. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Gefangenen des besetzten Gebietes befreit werden und die Ausgewiesenen in die Heimat zurückkommen und daß die Verwaltung des besetzten Gebietes wieder in unsere Hände kommt. Ob wir dieses Programm werden durchsetzen können, weiß niemand. Frankreich ist entzückt über die Sachverständigenberichte und Poincaré erklärte kürzlich, es dürfte mit Deutschland nicht auf gleichem Fuße verhandelt werden. Das ist die Politik des Hasses. Hier wird der große Kampf entschieden werden, durch Arbeit und Opferfreudigkeit. Unter diesem Motto müssen wir an die Lösung der größten Schicksalsfragen herangehen.

Alle diese Dinge, die eine Hauptrolle spielen, sind auf den einen Generalnenner zu bringen: Können wir mit den Lasten, die wir auf uns nehmen, den besetzten Gebieten wieder die Freiheit geben? Es wäre erbärmlich, wenn wir uns dagegen sträuben wollten.

Reichswirtschaftsminister Hamm in München

In einer großen Wählerversammlung der Demokratischen Partei in München erklärte Reichswirtschaftsminister Hamm u. a.: Dem Weantennabkommen hoffen wir möglichst bald ein Ende zu machen. Die Umsatzsteuer muß möglichst rasch ermäßigt, die Einkommensteuer auf einer gesunden Grundlage aufgebaut werden. In dem Sachverständigenbericht selbst bemerkte der Redner: Das Gutachten bringt harte Lasten und überschätzt sehr erheblich die deutsche Leistungsfähigkeit; es schätzt unsere Verluste durch die Abtretungen im Friedensvertrag zu gering ein, während es unsere Substanzwerte überschätzt; die Kapitalinvestitionen in Neuanlagen bedeuten nicht überall einen wirtschaftlichen Gewinn. Trodem ist das Gutachten ein starker Schritt nach vorwärts. In Gedanken, die zum Teil an Rathenau erinnern, scheidet die Sachverständigen zwischen dem Problem der Aufbringung der Reparationen innerhalb Deutschlands und dem Problem ihrer Ueberführung ins Ausland. Sie nehmen die deutsche Währung in Schutz; auf sie muß nach dem Gutachten bei den Reparationsleistungen immer Rücksicht genommen werden. Für die Reichsregierung steht fest, daß ein Reich, das die Reichsbahn aufgeben würde, nicht mehr wert wäre, ein deutscher Staat zu heißen. Wir dürfen aber hoffen, daß die Reichsbahn die ihr zugedachten Lasten auf sich wird nehmen können und so vor fremden Einflüssen bewahrt bleiben wird. Das Wichtigste an dem Gutachten ist aber die Feststellung, daß die erste Voraussetzung für die deutschen Leistungen die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und Finanzkraft an Rhein und Ruhr ist. Die starken Männer der Wirtschaft im Rheinland selbst bitten die Reichsregierung: Nehmt die Lasten auf Euch und macht uns dadurch frei. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Redner gegen den Kulturkampf, wie ihn heute die bürgerlichen Bayerns.

Wahlvorschriften für die Ausgewiesenen

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete teilt mit: Die Stimmerechtigungen der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen und Verdrängten zur Reichstagswahl ist bekanntlich durch die Verordnung des Reichsministeriums des Innern vom 17. März so geregelt worden, daß der Ausgewiesene und Verdrängte auf Antrag in die Stimmliste seines Aufenthaltsortes einzutragen ist, auch wenn er an diesem Orte keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Wird der Stimmerechtigende nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste ausgewiesen oder verdrängt, so daß er also nicht mehr in die Liste eingetragen werden kann, so erhält er einen Stimmschein, der ihm bei der Abstimmung legitimiert. Für die aus dem preussischen besetzten Gebiet Ausgewiesenen ist es wichtig, daß am 4. Mai mit der Reichstagswahl auch Preussische Gemeindevahlen stattfinden. Dies hat eine Rückwirkung auf die Beteiligung der aus dem preussischen besetzten Gebiet Ausgewiesenen oder Verdrängten an der Reichstagswahl. Nach dem preussischen Gemeindevwahlgesez nämlich wird der Ausgewiesene oder Verdrängte in die Stimmliste seines neuen Aufenthaltsortes nur dann eingetragen, wenn er dort seinen Wohnsitz begründet und seit ununterbrochen 6 Monaten innehat. In allen Fällen bekommt er der Einfachheit halber einen Wahlschein der ihn zur Abstimmung legitimiert. Um keine Verwirrung herbeizurufen, ist nun zwischen dem Reichsministerium des Innern und dem Preussischen Ministerium des Innern für die aus dem preussischen besetzten Gebiet Ausgewiesenen und Verdrängten eine einheitliche Regelung dahin getroffen, daß diese Ausgewiesenen und Verdrängten in Preußen auch für die Reichstagswahl behandelt werden wie für die Gemeindevahlen, d. h. sie erhalten einen Stimmschein und werden in die Stimmliste nur dann eingetragen, wenn sie in der betreffenden Gemeinde, in der sie abstimmen wollen, ihren Wohnsitz seit ununterbrochen 6 Monaten haben. Wenn dies nicht der Fall ist, so kommt also für sie nur ein Stimmschein in Betracht. Mit diesem können sie dann zur Wahl schreiten. Für die aus dem bayerischen, badischen, hessischen oder oldenburgischen besetzten Staatsgebiete Verdrängten oder Ausgewiesenen gilt die vorstehende Sonderregelung nicht, sondern es bleibt bei der oben wiedergegebenen Regelung der Verordnung des Reichsministeriums des Innern vom 17. März.

Die Sachverständigen-gutachten

Die Reparationskommission

Aber die Dienstag-Sitzung der Reparationskommission wurde folgende Note ausgegeben: „Im Verlaufe der Sitzung ist beschlossen worden, die Prüfung der deutschen Antwort auf die Note der Reparationskommission vom 17. April und die Prüfung der Antwort der Alliierten Regierungen auf den gleichen Beschluß, auf eine spätere Sitzung zu vertagen, um offiziöse Beprechungen zu ermöglichen, die Mittwoch stattfinden sollen.

Die Deutschnationalen und die Expertengutachten

Die Behauptung in der deutsch-nationalen Presse, daß der erste Auszug aus dem Sachverständigengutachten von der Reichsregierung tendenziös zugunsten des Gutachtens gefälscht worden sei, ist bereits anlässlich des kürzlichen ersten Artikels von Helfferich zurückgewiesen worden. Nachdem diese Behauptung von deutschnationaler Seite jetzt erneut aufgestellt worden ist, wird vom B. W. folgendes festgestellt:

Es lagen damals in Berlin erst einzelne Teile des Sachverständigengutachtens vor, und auch diese Teile waren nur unvollständig und stellenweise verstümmelt. Tatsächlich ist das Gutachten erst 2 Tage später in seiner vollständigen und endgültigen Fassung hier eingegangen. Die Reichsregierung hat sich gleichwohl, um die Öffentlichkeit möglichst schnell vorläufig zu informieren, zu einem vorläufigen Auszug entschlossen. Sie hat dabei aber durch einen Regierungsvertreter in der Pressekonferenz, in der der Auszug verteilt wurde, ausdrücklich darauf hingewiesen lassen, daß das Gutachten hier noch nicht vollständig vorliege, und daß für die Vollständigkeit des Auszuges daher die Verantwortung nicht übernommen werden könne, und daß daher der vorläufige Auszug nicht zur Grundlage für eine endgültige Beratung des Gutachtens gemacht werden dürfe. Damit müsse gewartet werden, bis das Gutachten vollständig vorliege, das dann, so schnell wie möglich, im Wortlaut veröffentlicht würde. Die Presse war also über die Sachlage vollständig aufgeklärt, und da in der Pressekonferenz auch Vertreter der deutschnationalen Presse zugegen waren, kann dieser Sachverhalt auch in den deutschnationalen Parteikreisen nicht unbekannt geblieben sein.

Was den Inhalt des Auszuges anbelangt, so waren darin im übrigen alle wesentlichen, Deutschland belastenden Bestimmungen, bereits enthalten, so die Höhe der Annuitäten und der starke internationale Einfluß bei der Goldnotenbank und der Reichsbahn. Die verschiedenen Kontrollvorschriften waren in einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt. Allerdings ist es richtig, daß in dem ersten Auszug die Rechte, die dem Kommissar bei der Reichsbahn im Falle eines Notleidens der Obligationen zustehen, nicht mit angegeben waren, was der Reichsregierung besonders als eine mala fides ausgelegt worden ist. Der Grund dafür ist, daß diese Rechte des Kommissars nicht in dem Gutachten selbst, sondern in den Anlagen dazu angegeben sind, und diese Anlagen damals hier noch nicht vorlagen; sie sind alsbald nach dem Eingang veröffentlicht worden. Die in dem Gutachten selbst darauf bezügliche Stelle lautet: Der Eisenbahnkommissar vertritt die Interessen der Inhaber von Schuldverschreibungen. Solange kein Rückstand in den Zinszahlungen eintritt, wird seine Hauptaufgabe darin bestehen, Berichte und statistische und finanzielle Angaben entgegenzunehmen, und überhaupt darauf achten, daß die Interessen der Inhaber von Schuldverschreibungen nicht gefährdet werden. In dem ersten Auszug lautet die Stelle: „Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommissar bestellt. Solange der Zinsendienst nicht nachläßt, wird sich seine Tätigkeit im wesentlichen darauf beschränken, den Stand des Unternehmens, namentlich in finanzieller Hinsicht, zu beobachten und darüber zu wachen, daß die Interessen der Gläubiger nicht gefährdet werden.“ Sie ist also fast wörtlich, auf jeden Fall ohne abschwächende Tendenz, wiedergegeben worden. Die deutschnationalen Angriffe in diesem Punkte sind also völlig unbegründet.

Tripitz zum Sachverständigengutachten

Großadmiral Tripitz, der von den Deutschnationalen in Bayern als Reichstagskandidat aufgestellt wurde, die Kandidatur aber nicht als ausgesprochener Parteimann angenommen hat, hielt in München seine erste Rede vor einem Publikum, unter dem fast alle Mitglieder des bayerischen Staatsministeriums anwesend waren. Bemerkenswert war vor allem seine Stellungnahme dagegen, daß das Gutachten der Sachverständigen als Wahlparole ausgeschlachtet wird, was ja niemand anders tut als die Deutschnationalen selber. Der Admiral bewies auch an anderer Stelle seiner Rede, daß er nicht einfach den deutschnationalen Phrasenschatz übernimmt, wenn er erklärte, daß das deutsche Machtinstrument zerbrochen sei und man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen könne. Die Neuorganisation Deutschlands sei eine noch größere und schwierigere Aufgabe, als seinerzeit die Schaffung der Wehrmacht und sie wird nur gelingen, wenn das deutsche Volk den Glauben an sich selbst bewahrt. Tripitz fand bei seinen Zuhörern sehr großen Beifall.

Mißglückte linksradikale Streikbewe im Ruhrgebiet. Die Veruche linksradikaler Kreise, im Ruhrgebiet einen Generalstreik herbeizurufen, sind als vollkommen gescheitert anzusehen. In einem von der Union der Hand- und Kopfarbeiter und der kommunistischen Partei unterzeichneten Aufruf wurden die Belegschaften aufgefordert, die Zeichenanlagen bis auf den letzten Mann zu verlassen. Die Vergleute sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, der Aufforderung nicht gefolgt.

# Politische Neuigkeiten

## Geschäftsreisen ins Ausland

Der Reichsfinanzminister hat, wie der „Konfessionär“ erfährt, die Finanzämter ermächtigt, selbständigen Gewerbetreibenden und deren Angestellten (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 der Verordnung über Ausreisegeldern), die wiederholt oder regelmäßig notwendige Geschäftsreisen in das Ausland machen müssen und eine entsprechende Erklärung der Handelskammer vorlegen, einen Unbedenklichkeitsvermerk für mehrmalige Ausreisen in ein bestimmtes Land, in mehrere bestimmte Länder oder in besonderen Ausnahmefällen in das europäische Ausland, und zwar für den Zeitraum bis zu drei Monaten, zu erteilen, wobei die Dauer des Aufenthalts im Ausland jeweils nach den Bedürfnissen des Einzelfalles zeitlich begrenzt werden kann. Von der Ermächtigung ist nur in solchen Fällen Gebrauch zu machen, in denen nach dem Ermessen des Finanzamtes ein dringendes Wirtschaftsbedürfnis hierfür vorliegt.

Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Hamburg meldet, hat der Reichsfinanzminister bestimmte Seereisen, bei denen der Passagier auch in den Auslandshäfen an Bord übernachtet, von der Verordnung über Ausreisegeldern ausgenommen. Die 600-Mark-Gebühr braucht u. a. nicht bezahlt zu werden von Teilnehmern an den Nordlandfahrten der Deutsch-Ostafrika-Linie und an den Kreuzreisen der Oldenburgisch-portugiesischen Dampfschiffreederei.

## Vom deutschen Arbeitsmarkt

Die 8 wichtigsten Fachverbände Deutschlands lassen in ihren Statistiken über die Beschäftigung ihrer Mitglieder für Ende März einen verhältnismäßig starken Rückgang der Arbeitslosigkeit und besonders der Kurzarbeit erkennen. Die Arbeitslosigkeit unter den in die Statistik einbezogenen Mitgliedern wurde Ende Dezember 1923 mit einem Höchststand von 21,8 Prozent beziffert. Dieser Höchststand ist jetzt um fast die Hälfte zurückgegangen und zwar auf 11,4 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Zahl der in Kurzarbeit beschäftigten Arbeiter von 30 auf 7,4 Prozent sank. Die eingetretene Besserung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die 8 in Frage kommenden Verbände. Im Textilarbeiterverband betrug z. B. die Zahl der arbeitslosen Mitglieder Ende Februar 9,70 Prozent, Ende März 5,78 Prozent; im Holzarbeiterverband 15,06 Prozent. Ende März 9,78 Prozent. Der deutsche Tabakarbeiterverband hatte Ende Februar 9,45 Prozent arbeitslose Mitglieder, Ende März dagegen 7,26 Prozent.

## Der Separatist Helfrich

Der Bürgermeister von Münchweiler in der Pfalz, Helfrich, ist, wie jetzt entgegen den ersten Nachrichten mitgeteilt wird, ein berüchtigter Separatist. Er ist wegen betrügerischen Bankrotts verurteilt. Während des passiven Widerstandes denunzierte er etwa 10 Einwohner von Münchweiler und veranlasste dadurch ihre Ausweisung. Während der Separatistenherrschaft in der Pfalz terrorisierte er die Einwohnerschaft von Münchweiler auf das schlimmste. Es wurde von einer noch unermittelten Privatperson aus der Pfalz in der vorigen Woche ein Revolveranschlag auf ihn verübt, wobei Helfrich nicht, wie es in einer französischen Meldung hieß, niedergeschossen, sondern nur leicht verletzt wurde. Der Sohn Helfrichs, der sich ebenfalls als eifriger Separatist betätigte und seinem Vater und den übrigen Separatistenführern bei der Ausweisung und Verhaftung von etwa 20 Einwohnern von Münchweiler Hinterschüsse leistete, wurde vor einiger Zeit im rechtsrheinischen Deutschland, wohin er von jungen Pfälzern gebracht worden war, wegen separatistischer Umtriebe auf eine Anzeige pflichtgemäß in Haft genommen. Wegen des Anschlages auf Helfrich wurden bereits von der Provinzdelegation in Speyer über den Ort Münchweiler schwere Sanktionen verhängt, wie Nachtsperrung und etwa 100 Mann Strafbefehl. Es wird erklärt, daß künftighin in der Pfalz keine Rückkehr von Ausgewiesenen oder die Aussetzung von Strafvollzug mehr stattfinden werde, solange der Sohn des Bürgermeisters Helfrich nicht freigelassen sei.

Diese Sanktionen entbehren nach dem internationalen Befreiungsrecht jeder rechtlichen Grundlage. Auch würde ihre Durchführung eine offensichtliche Stellungnahme der Besatzungsmächte zugunsten der Separatisten bedeuten. Vor allem aber wäre es unangehörig, etwa 2000 ausgewiesene Pfälzer oder mehrere Hundert politische Gefangene, die sich noch in den französischen Gefängnissen befinden, zu Geiseln für die Erzwingung der Entlassung eines Separatisten zu machen, der von rechtsrheinischen Behörden auf unbedenklichem Boden wegen Landesverrats verhaftet worden ist.

## Heimatschutz\*

Erörterungen über Unerfreuliches

Von E. A. Meißel, Freiburg i. B.

In unseren bewegten und trüben Zeiten ist der Schutz der heimischen Landschaft, des Stadt- und Dorfbildes und des von den Borellern überkommenen Kunst- und Kulturgutes die größte Sorge unseres Vereins. Gar viele Gefahren drohen der künftlerischen heimatischen Kultur, teils aus Unverständnis, teils aus Notwendigkeiten heraus, die nicht in die richtigen Bahnen gelenkt sind. Es ist nicht der Zweck dieser Abhandlung, einen Bericht zu geben über die Tätigkeit des Vereins im verflochtenen Jahre auf dem Gebiet des Heimatschutzes und der Denkmalpflege, das bei der nächsten Landesversammlung vorbehalten. In gar vielen Fällen wurde der Verein um Rat und Hilfe angegangen. Er hat auch seinen Einfluß, wo es irgendwie möglich war, geltend gemacht und sich an Behörden, Gemeinden und Private gewandt, um den Schutz gefährdeter Kulturgüter zu erreichen. Nicht immer sind diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt gewesen. In manchen gar wichtigen Fällen hat man die Einsicht den Bitten und Wünschen des Vereins verschlossen. In anderen Fällen hat man ihn wohl angehört, nachher aber vielleicht gerade das Gegenteil von dem getan, was geraten wurde. Auch unsere Vertrauensmänner in den verschiedenen Gegenden des Landes haben nicht immer rechtzeitig bei Eintritt einer Gefahr eingegriffen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Man sollte meinen, daß Bestrebungen, wie wir sie hegen, bei den Behörden überall freudige und verständnisvolle Aufnahme fänden. Das ist aber leider auch nicht immer der Fall. Gewiß, im badischen Land gibt es sehr viele Behörden, die gerne und immer, wo es ihnen möglich ist, den Verein Badische Heimat zur Beratung beiziehen. Aber manchmal ist es auch anders.

Da liegt am Kaiserstuhl ein schöner alter Ort, bedeutend älter als die Stadt Freiburg, ausgezeichnet durch eine prächtige alte Hofbauweise. Ein Brand hat den Ort heimgeführt. Sofort unternimmt der Verein die notwendigen Schritte und bietet seine beratende Tätigkeit an. Der Ortsvorstand findet es überhaupt nicht der Mühe wert, auf das Anerbieten des

\* Aus der Zeitschrift des Landesvereins badischer Heimat, „Mein Heimatland“, Verlag G. Braun in Karlsruhe.

## Der Terror der Hitlerputschisten

Zur Bekämpfung dessen, was ein Sieg des Hitlerputsches im November gebracht hätte, wird im „Kurier“ folgende Besetzung veröffentlicht, die der Führer der Hitlergruppe, Hauptmann A. D. v. Öhring am 20. Oktober bei einer Fachbesprechung der militärischen Verbände der Nationalsozialisten ausgegeben hatte. Sie lautet: „Die Führer haben in ihren Bezirken durch Aufruf die Übernahme der Gewalt sofort vorzubereiten. Es muß mit stärkstem Terror vorgegangen werden. Wer die geringsten Schwierigkeiten macht, ist zu erschließen. Es ist notwendig, daß die Führer sich jetzt schon die Persönlichkeiten herausfinden, deren Beseitigung notwendig ist. Mindestens einer muß zur Abschreckung nach Erlaß des Auftrufs sofort erschossen werden.“

Hauptmann v. Öhring hat sich bekanntlich durch Flucht der Verantwortung entzogen.

## Wer sind die Geldgeber?

Die „Süddeutschen Monatshefte“ veröffentlichen ein Schriftstück in Form eines Briefes, das sich im Nachlaß Kurt Eisners im bayrischen Ministerium des Reichens vorgefunden hat. Zum erstenmal wurde die Öffentlichkeit durch einen Artikel der „Münchener Postzeitung“ vom 22. Juli 1923 darauf hingewiesen, daß Eisner vom 26. September bis 9. November 1918 viele Goldmillionen zur Inflationierung und Finanzierung der Revolution ausgegeben habe. Daß Eisner diese Beträge nicht aus Arbeiterlöhnen haben konnte, ist klar. Es wäre nun von großem Wert, zu wissen, wer die Geldgeber sind, wer diese Schecks ausgestellt, wer sie eingelöst hat usw. Das Schriftstück ist ein Verzeichnis von ausgezahlten Schecks. Es liegt im vaterländischen Interesse, daß diese Angelegenheit reiflich aufgearbeitet wird. Der Gesamtbetrag der ausgezahlten Schecks übersteigt 164 Millionen Mark! Wer kann über diese Beträge nähere Auskunft geben? Antwort erbeten an: „Süddeutsche Monatshefte“ (München, Amalienstraße 6).

## Kurze Nachrichten

Keine Verhandlungen über ein Tabakmonopol. Die Nachrichten, Verhandlungen zwischen Regierung und Tabakgewerbe über die Einführung eines Tabakmonopols ständen vor dem Abschluß, ist, wie von Berliner zuständiger Stelle mitgeteilt wird, falsch. Das Tabakgewerbe sieht in feinerlei Verhandlungen mit der Regierung über ein Tabakmonopol; es lehnt, und zwar in allen Gruppen des Gewerbes, ohne Ausnahme ein Tabakmonopol in irgendwelcher Form ab.

General v. Seekt in München. General v. Seekt, der Chef der Obersten Heeresleitung, der sich seit Montag dienstlich in München aufhält, stattete dem Ministerpräsidenten v. Knilling einen Besuch ab. Am heutigen Mittwoch wird er über die Münchener Garnison eine Truppenschau abhalten.

Die Raubbatur Ludendorff. Eine Meldung, daß General Ludendorff nicht daran denke, ein Reichstagsmandat anzunehmen, wird von der deutschvölkischen Freiheitspartei entschieden dementiert. Der General soll noch vor einigen Tagen der Partei in dieser Frage verbindende Zusagen gegeben haben. Auch Oberleutnant Kriebe, der als deutschvölkischer Kandidat für die Pfalz aufgestellt worden ist, hat sich ausdrücklich gegen Annahme des Mandats bereit erklärt.

Der rechtsbifale Attentatsplan gegen den Chef der Heeresleitung, General v. Seekt, wird voraussichtlich im Mai die Gerichte beschäftigen, wobei es noch nicht ganz feststeht, ob das Hauptverfahren vor dem Landgericht I in Berlin oder vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig durchgeführt werden wird. In den letzten Tagen ist nunmehr die Anklage gegen die im Januar d. J. verhafteten Hauptbeteiligten an dem Unternehmen, den Kaufmann und Ingenieur Alexander Thormann und den Augsburgburger Fabrikanten Dr. Gottlieb Grandel fertiggestellt worden.

Der vertagte Hardenprozeß. Für den Prozeß gegen den Attentäter auf den bekannten Schriftsteller Maximilian Harden, Oberleutnant Antermann ist jetzt, nachdem die erste Verhandlung wegen Unwesenheit Hardens im Auslande vertagt worden war, Termin auf den 2. Juni anberaumt worden.

Die Nordpläne der deutschen Ischela. Die von der deutschen Ischela der Kommunisten gefassten Nordpläne umfassen nach den weiteren Feststellungen der politischen Polizei Württembergs auch die Befreiung des Innenministers Bels, des inzwischen verstorbenen Hugo Stinnes und des Berliner Großindustriellen Borst sowie einiger kommunistischer Späße. Durch die Verhaftung des Kommunisten Reumann und seiner Komplizen konnten diese Pläne glücklicherweise nicht ausgeführt werden.

Reins zu antworten. Der „Architekt“, der die abgebrannten Häuser wieder aufbauen soll, ist froh, daß er der Bevormundung des Vereins entgeht, und das Endergebnis ist eine Verschandelung des Ortsbildes, das, wie nebenbei bemerkt, schon vor dem Krieg durch ein aufdringliches, aus dem Rahmen des Ortsbildes herausfallendes Schulhaus beeinträchtigt wurde.

Vielfach denkt der Gemeinderat auf dem Lande, „was brauchen wir den Verein Badische Heimat, wir zahlens ja, da werden wir auch wohl allein darüber zu befinden haben, wie es gemacht werden soll.“ — Bekanntlich hat jedermann in Religion, Politik und Kunst ein — durchaus sicheres Urteil und so traut sich auch der Bürgermeister und der Gemeinderat vielfach von sich aus die Fähigkeit zu, selbständig über Baufragen, die auf dem Lande allemal Heimatschutzfragen sind, zu entscheiden. Aber es ist nicht nur auf dem Lande so, in den Städten ist es kein Paar besser, und diese Selbstingenommenheit wird im ureigensten Interesse von solchen Leuten unterstützt, die nicht gerne mit dem Verein Badische Heimat zu tun haben. Das sind eine große Anzahl sogenannter Architekten, Techniker, Baumeister und auch Baufortreure, die sich durch den Eingriff des Vereins in ihren vermeintlichen Rechten bedroht fühlen.

In Baufragen ist der Schutz unseres heimatischen Landschafts- und Ortsbildes eine Personenfrage. Es gibt im Lande einen Haufen tüchtiger Architekten, beamtete und unbeamtete, und in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und auch anderwärts sind Baukünstler anzutreffen, um die man uns in deutschen Landen beneiden könnte. Auch eine Anzahl tüchtiger Baufortreure mit großem Verständnis für Heimatschutzpflege sind in unserem Lande tätig. Wie kommt es nun, daß diese Leute so wenig von Gemeinden und Privaten beangezogen werden? Wir müssen uns da etwas mit dem Stand der Architekten beschäftigen. Der schon lange tobende Streit, wer zur Ausführung privater und öffentlicher Bauten am meisten berufen sei, der beamtete oder der frei schaffende Architekt, biebt für uns ganz außer Betracht. Uns geht nur die Sache an sich an, und wer eine Aufgabe am besten löst, sei er frei schaffender oder beamteter Künstler, der ist unser Mann. Wenn man 20 bis 30 Jahre zurückgeht, so findet man in den Städten nur ganz wenige und in ländlichen Bezirken kaum einen Privatarchitekten. Ramentlich das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege, das eine große Bautätigkeit brachte, hat dem Stand der Privatarchitekten großen Zugang verschafft. Leider steht die Qualität in gar keinem Verhältnis zur Quantität. Es war ein Leichtes, sich als Privatarchitekt irgendwo niederzu-

## Badischer Teil

### Die Regelung des Dienstes am 1. Mai

Für die staatlichen Behörden und Betriebe ist, entsprechend den im Reich geltenden Vorschriften, der Dienst am 1. Mai durch Erlaß des Staatsministeriums derart geregelt, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter, die zur Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fern bleiben wollen, rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienst nachzusuchen haben. Solchen Anträgen soll grundsätzlich und ohne Engbergigkeit überall soweit entprochen werden, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebs nicht in Frage gestellt wird. Der Erlaß des Staatsministeriums enthält ferner noch einzelne Bestimmungen über Anrechnung der bewilligten Freizeit auf den Erholungsurlaub, die Frage der Lohngewährung und die etwaige Nachholung der verfallenen Arbeitsstunden durch Überarbeit.

### Falsche Goldanleiheküde

Durch die Statistik der Reichsschuldenverwaltung ist festgestellt worden, daß in den Städten Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg in besonders großem Umfang gefälschte Goldanleiheküde des Deutschen Reiches über 1 bis 5 Dollars aufzukaufen. Die Unschädlichmachung von Fälschern und Aufstellung von Fälscherwerkstätten wird mit größter Aufmerksamkeit betrieben. Für die Ermittlung von Tätern und Werkstätten sind von der Reichsschuldenverwaltung hohe Belohnungen zur Verfügung gestellt, die auch den Polizeibeamten gewährt werden können.

Für die Verfolgung von Fälschern wird nachstehende Beschreibung der Reichsschuldenanweisungen von 1923 (Goldanleihe),

sehr zweckdienlich sein:

Die Stücke zu ein Zehntel Dollar sind 6x12 1/2 Zentimeter groß. Sie sind sämtlich auf weißem Papier gedruckt, welches an der rechten Seite mit einem etwa 1/2 des Scheines bedeckenden olivgrünen Stoffaufsatz, durchsetzt mit etngebetteten orangefarbenen Fasern, versehen ist. Unter der Stoffauflage befindet sich das Wasserzeichen „Hochstehende Eichenblätter“. Über die Mitte des Scheines läuft außerdem ein etwa 3 Zentimeter breiter violetter Streifen quillohierte Leiste. Die Nummern sind schwarz, Schrift: Schwabacher. Die ein Viertel Dollar-Scheine sind 6x13 Zentimeter groß. Sie sind ebenfalls auf weißem Papier hergestellt, welches mit folgenden Wasserzeichen versehen ist:

- a) „Ornamente und Ziffer 50“ (etwa 55 Prozent der Gesamtauflage),
- b) „Windlinien und Ziffer 10“ (etwa 30 Prozent der Auflage),
- c) „Windlinien und Ziffer 5“ (etwa 15 Prozent der Auflage).

Sämtliche Scheine tragen auf der linken Seite einen etwa 1/4 des Scheines bedeckenden Fasertreifen, der bei den unter a) stehenden Stücken kupferbraun, bei den Stücken unter b) olivgrün und bei den unter c) orangefarben gefärbt ist. Über die Mitte des Scheines läuft außerdem ein etwa 3 Zentimeter breiter roter Streifen (quillohierte Unterdruckleiste). Die Nummern sind rot, Schrift: Gothisch und Schwabacher. Die auf dem unter b) stehenden Papier hergestellten Scheine tragen außerdem die Serienbezeichnungen „II“ und „III“, diejenigen auf dem unter c) stehenden Papier hergestellten Stücke die Bezeichnung „IV“.

Die Stücke zu 1/2 Dollar haben die Größe von 6 1/2 x 14 Zentimeter. Sie sind sämtlich auf weißem Papier hergestellt, das zum Teil (etwa vier Fünftel der Gesamtauflage) das Wasserzeichen „Ornamente und Ziffer 20“, zum Teil (etwa ein Fünftel der Auflage) das Wasserzeichen „Windlinien und Ziffer 5“ trägt. Sämtliche Scheine haben außerdem auf der linken Seite einen etwa bis zur Mitte reichenden kräftigen Fasertreifen, der bei den mit dem Wasserzeichen „Ornamente und Ziffer 20“ versehenen Stücken kupferbraun, bei den mit dem Wasserzeichen „Windlinien und Ziffer 5“ versehenen Stücken orangefarben gefärbt ist. Über die Mitte des Scheines läuft außerdem eine aus quillohierten Quadraten zusammengesetzte grüne Leiste. Die Schriftart ist Antiqua mit einem der Reichsdruckerei geschützten Schnitt. Die Nummern sind grün. Die auf dem Papier mit dem Wasserzeichen „Windlinien und Ziffer 5“

lassen. Da kein Titelschub besteht, genügen ein leichter Schuß, ein Reißbrett und eine Reißschiene, den Raderquadrat nicht zu verzerren, und der Privatarchitekt ist fertig. So kommt es, daß man jetzt auch in kleinen Gemeinden schon „Architekten“ antrifft. In den meisten Fällen sind diese Leute der größte Schaden für die Bestrebungen unseres Vereins, den wirklichen Baukünstlern sind sie an gefährlicher Routine meist über, sie können besser laufen als gehen, und an irgendwelchen Gemüngen, sich überall zu empfehlen, leiden sie nicht. Hierzu einige Beispiele:

Bis vor ungefähr 20 bis 25 Jahren war eine alte Stadt auf dem Schwarzwald, wie Freiburg eine würdevoll und Zähringer, in ihrem alten Bestand noch wohl erhalten auf uns gekommen. Seit dieser Zeit hat sie sich wahrnehmbar nicht zu ihrem Vorteil verändert. Und diese Veränderungen stammen fast durchweg von der Hand eines Mannes, der sich als Architekt daselbst niedergelassen hatte. Wertvolle alte Bauten, die in ihrer ruhigen Sachlichkeit jedem Kunstfreund erfreuten, wurden in prozieriger, moderner Weise umgestaltet und mit Formen hellestert, die ihnen ganz unangemessen sind. Neubauten wurden aufgeführt, bei denen der Genius des Ortes nicht Fate gefanden hat. Dabei ist die Stadt reich an Heimatfreunden, um ein wohlgeordnetes Ortsmuseum zeigt von der Liebe der Bewohner zur alten Kultur. Da sieht man, wie schädlich ein Mann, dem nicht auf die Finger gesehen wird, werden kann. Daß die nähere und weitere Umgebung der Stadt auch recht unerfreuliche Spuren seiner Tätigkeit aufweist, sei nicht verschwiegen.

Da will eine Gemeinde an einem der landschaftlich hervorragenden Punkte unseres wahrlich an Naturschönheiten reichen Vaterlandes ein neues Gemeindehaus erbauen. Raum wird die Absicht ruckbar, so laufen die „Architekten“, die in der Nachbarschaft anfällig sind, auf dem Karthaus Sturm, und der Gemeinderat beschließt, wahrscheinlich nachdem die nötigen Anhebungen beim Dämmerschoppen erfolgt sind, einen „engeren Wettbewerb“ unter den sich anbietenden. Ob die Anbieter zur Lösung der Aufgabe imstande sind oder nicht, darüber gerichtet sich weder der Bürgermeister, noch ein Gemeinderatsmitglied den Kopf. Der sogenannte Wettbewerb findet statt. Der Gemeinderat beschließt ohne Bezug eines Sachverständigen selbständig, daß ein Entwurf mit einem großen Erker und davorstehendem Balkon für die Ausführung am geeignetsten sei, und der glückliche Erfinder dieser Herrlichkeiten wird mit der Ausführung betraut. Auf unseren Nachbarn hin schickt man aus Karlsruhe einen Sachverständigen

hergestellten Stücke tragen außerdem an der rechten oberen Ecke die Serienbezeichnung „II“.

Die Schanweisungen zu 1, 2 und 5 Dollar haben die Größe von 10 x 16 Zm., sie sind auf einem mittelstarken weissen Papier gedruckt. Bei etwa vier Fünftel der Auflage von 1 Dollar sowie Stücken zu 2 und 5 Dollar ist das Papier mit dem Wasserzeichen N.S.B. (Reichsschuldenverwaltung) welches von quadratischen Linien und Ornamenten umgeben ist, versehen. Die restlichen Stücke (etwa ein Fünftel der Auflage) sind auf einem mit dem Wasserzeichen S.B.D.S. (Sampverwaltung der Staatsschulden) und kreisförmigen Linien nebst Ornamenten versehenem Papier hergestellt.

Der Unterdruck bei den einzelnen Wertabschnitten ist folgendermaßen gefärbt:

- 1 Dollar = orange (gelblich)
- 2 Dollar = rotrot
- 5 Dollar = grün.

Schrift (Schau- und Rückseite): Reichsdruckerei-Rediaval. Außer den Unterschriften der jetzigen Mitglieder der Reichsschuldenverwaltung:

Halle Biergege Dichtluth Springer v. Drensmann Rude Moll Dienhsch Schulzenstein Erbes

trägt ein kleiner Teil der Gesamtanlage unten links einen Schwarzdruckstempel im Durchmesser von 16 mm., unten rechts die Unterschrift des Ausfertigungsbeamten; der größte Teil der Auflage ist jedoch mit zwei Schwarzdruckstempeln im Durchmesser von 12 Millimeter versehen. Die Stempel tragen die Umschrift „Reichsschuldenverwaltung“.

Sämtliche Wertforten sind in Buchdruck hergestellt.

### Aus der Landeshauptstadt

**Fahrplanänderungen.** Vom Donnerstag, den 1. Mai an verkehren die Züge 453, Heidelberg ab 7<sup>55</sup>, Redesheim ab 8<sup>44</sup>, Redareiz an 9<sup>49</sup> Vorm. und 454, Redareiz ab 8<sup>00</sup>, Redesheim ab 9<sup>16</sup>, Heidelberg an 9<sup>33</sup> Vorm. wieder regelmäßig.

Vom gleichen Tag an verkehren zwischen Karlsruhe und Magau die neuen Züge 1311, Karlsruhe ab 10<sup>05</sup>, Magau an 10<sup>26</sup> Vorm.; 1312, Magau ab 10<sup>05</sup>, Karlsruhe an 11<sup>17</sup> Vorm.; 1325 (W), Karlsruhe ab 5<sup>38</sup>, Magau an 5<sup>37</sup> Nachm.; 1326 (W), Magau ab 6<sup>03</sup>, Karlsruhe an 6<sup>22</sup> Nachm.

Geändert werden: Zug 1310, bisher Magau ab 8<sup>25</sup>, künftig Magau ab 8<sup>40</sup>, Karlsruhe an 9<sup>02</sup> Vorm.; Zug 1322, bisher Magau ab 3<sup>48</sup>, künftig Magau ab 3<sup>30</sup>, Karlsruhe an 3<sup>52</sup> Nachm.; Zug 1323 (W), bisher Karlsruhe ab 4<sup>30</sup>, künftig Karlsruhe ab 4<sup>15</sup>, Magau an 4<sup>38</sup> Nachm.; Zug 1324 (W), bisher Magau ab 5<sup>30</sup>, künftig Magau ab 4<sup>46</sup>, Karlsruhe an 5<sup>14</sup> Nachm.; Zug 1329, bisher Karlsruhe ab 7<sup>23</sup>, künftig Karlsruhe ab 7<sup>05</sup>, Magau an 7<sup>22</sup> Nachm.; Zug 1330, bisher Magau ab 8<sup>05</sup>, künftig ab 7<sup>38</sup>, Karlsruhe an 7<sup>58</sup> Nachm.; Zug 1336, bisher Magau ab 9<sup>05</sup>, künftig ab 9<sup>00</sup>, Karlsruhe an 9<sup>22</sup> Nachm.

Es fallen aus Zug 1327, Karlsruhe ab 6<sup>22</sup>, Magau an 6<sup>45</sup> Nachm. und 328, Magau ab 7<sup>22</sup>, Karlsruhe an 7<sup>42</sup> Nachm.

Ferner werden vom 1. Mai an geändert: Zug 1229, bisher Karlsruhe ab 4<sup>40</sup> Nachm. nach Mühlader: Karlsruhe ab 4<sup>44</sup>, Forstheim 5<sup>06</sup> 6<sup>11</sup>, Mühlader an 6<sup>24</sup> Nachm.; Zug 2329, Karlsruhe ab 4<sup>47</sup> Nachm. nach Mühlader künftig an allen Werttagen verkehrend: Karlsruhe ab 5<sup>44</sup>, Forstheim 6<sup>08</sup> 6<sup>13</sup>, Mühlader an 7<sup>20</sup> Nachm.; Zug 319, bisher Karlsruhe ab 4<sup>35</sup> Nachm. nach Eppingen: Karlsruhe ab 5<sup>25</sup>, Bretten 6<sup>18</sup> 6<sup>23</sup>, Eppingen an 7<sup>17</sup> Nachm.; Zug 752 (W), Karlsruhe ab 4<sup>30</sup> Nachm. nach Kastatt über Dummersheim: Karlsruhe ab 5<sup>30</sup>, Kastatt an 6<sup>10</sup> Nachm., durchweg eine Stunde später; Zug 753 (W), Karlsruhe ab 4<sup>50</sup> Nachm., künftig ab 5<sup>30</sup> Nachm., Graben-Neudorf 6<sup>02</sup> 6<sup>07</sup> weiter nach Rheinsheim, an 6<sup>41</sup> Nachm.; im Anschluß hieran verkehrt Zug 3049 nach Mannheim am Freitag später: Graben-Neudorf ab 6<sup>02</sup>, Mannheim an 7<sup>22</sup> Nachm. Sonn- und Feiertags bisheriger Fahrplan.

Zug 1267 Karlsruhe-Eggenstein-Graben-Neudorf, bisher Karlsruhe ab 4<sup>40</sup> Nachm., verkehrt am Freitag später: Karlsruhe ab 5<sup>28</sup>, Graben-Neudorf an 6<sup>16</sup> Nachm. Sonn- und Feiertags bisheriger Fahrplan.

Zwischen Karlsruhe und Bretten verkehren ab 1. Mai neu: Zug 325 (W ausg. Samstags), Karlsruhe ab 4<sup>32</sup>, Bretten an 6<sup>45</sup> Nachm. und Zug 320 (W), Bretten ab 6<sup>21</sup>, Karlsruhe an 7<sup>08</sup> Nachm.

Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

### Gebühren für Briefsendungen nach dem Ausland

Bedauerlicher Weise werden immer noch Briefsendungen nach dem Ausland von den Absendern häufig unzureichend freigemacht. Insbesondere trifft das bei Sendungen nach Polnisch-Oberösterreich und den übrigen Gebieten, die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles verloren gegangen sind oder die zu der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gehört haben, zu. Briefsendungen nach Orten in

diesen Gebieten für die früher die Inlandsgebühren erhoben worden sind, unterliegen gegenwärtig, von einigen Ausnahmen (Freie Stadt Danzig, Memelgebiet, Österreich) abgesehen, durchweg den Westpostvereinsätzen oder besonders vereinbarten Gebühren. Anscheinend besteht Unklarheit darüber, zu welchem Lande der Bestimmungsort gegenwärtig gehört und welche Gebühren demnach zu berechnen sind. Es sei deshalb auf folgende Punkte hingewiesen:

Für Sendungen nach den an Polen abgetretenen Orten Oberösterreich gelten nicht die Inlands-, sondern die Auslandsgebühren.

Sendungen nach Österreich unterliegen den Inlandsgebühren: zu dem heutigen Österreich gehören jedoch nur die früheren Kronländer Ober- und Niederösterreich, Steiermark (ohne den südlichen Teil) Kärnten, Salzburg, Nordtirol mit Vorarlberg und das Burgenland (mit Ausnahme von Odenburg und einiger benachbarter Postorte, die zu Ungarn gekommen sind);

Sendungen nach der Tschechoslowakei und Ungarn unterliegen im allgemeinen den Auslandsgebühren für Briefe, Postkarten und Blindenschriftsendungen besteht jedoch eine ermäßigte Gebühr. Zur Tschechoslowakei gehören das Gussliner Ländchen, Böhmen, Mähren, der westliche Teil des früheren Österreichs sowie ein Teil des nördlichen Ungarns. Ungarn hat außerdem einen großen Teil seines früheren Gebietes mit Siebenbürgen an Rumänien, einen anderen Teil sowie Kroatien und Slavonien an Jugoslawien verloren.

Für Sendungen nach Galizien und dem östlichen Teil des früheren Österreichs, Schlesien, die an Polen, nach der Bukowina, Siebenbürgen und dem östlichen Teil des früheren Ungarns, die an Rumänien, nach Kroatien, dem südlichen Teil von Steiermark, Dalmatien, Kroatien, Slavonien, dem südlichen Teil des früheren Ungarns und Bosnien-Herzegowina, die an Jugoslawien, nach Süditalien und dem Küstenland mit Ätrien, die an Italien gefallen sind, gelten die Auslandsgebühren.

Durch die unzureichende Freimachung der Briefsendungen entstehen sowohl den Absendern als auch den Empfängern Unannehmlichkeiten und Weiterungen, zumal die letzteren die mit Nachgebühren belasteten Sendungen häufig nicht annehmen. Um die Absender vor Schäden zu bewahren, ist angeordnet worden, daß Sendungen nach den genannten Gebieten, die offensichtlich aus Unwissenheit oder Versehen unzureichend freigemacht sind, den Absendern, soweit sie zu erkennen sind, zur Vervollständigung der Freigebühr zurückgegeben werden. Dabei werden sich aber Verzögerungen nicht vermeiden lassen.

**Landestheater.** Die Handlung der am Samstag, den 3. Mai zur hiesigen Eröffnung gezeigten Komödie „Der Teufelskühler“ von Bernard Shaw führt uns in die Zeit des nordamerikanischen Befreiungskrieges, durch den sich die große englische Kolonie nach blutigen Revolutionen vom Mutterlande trennte. Diese historische Ereignisse spielen unmittelbar in den Ablauf des dramatischen Geschehens hinein und sind zu ihm in Wechselbeziehung gesetzt. In dem der Dichter den Gegensatz von Kuriantertum und Freiheitsdrang, von amerikanischem „Rebellenhumor“ und englischer Schwerefülligkeit entwirft, rückt er Zeit und Menschen in die ihm eigentümliche scharf-satirische und alle heroisch-patetische Betrachtungsweise rücksichtslos stellende Beleuchtung.

Seit Mittwoch, den 30. findet die erste diesjährige Aufführung von Mozarts „Figaros Hochzeit“ statt. Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Lorenz, die Spielleitung Oberregisseur Slang. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Iracema Brügelmann, von Ernst, Rosel-Tomshil, Stechert, Joebisch, sowie die Herren Ruffard, Glaz, Göttinger, Kalmbach, Barth und Beyrauch. Beginn 7 Uhr. Am Freitag, den 2. Mai findet eine Wiederholung von Beethovens „Fidelio“ mit Frau Iracema-Brügelmann in der Titelpartie statt. Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Lorenz. Am Sonntag, den 4. Mai findet die erste diesjährige Aufführung von Johann Strauß Völkischer Operette „Der Zigeunerbaron“ statt. Musikalische Leitung hat Kapellmeister Schwoepe, Spielleitung Oberregisseur Carl Slang. Die Besetzung der Hauptpartien ist die gleiche wie bei der Neuaufführung im vorigen Jahre; die Arzene singt Frä. Joebisch, die Gypra Frau Rosel-Tomshil und die Mirabella Frä. Genter. — Am Sonntag, den 4. Mai vorm. 11.30 Uhr findet unter Leitung des Operndirektors Coriolanis die fünfte musikalische Morgenfeier statt, welche ausschließlich Kompositionen von Mozart enthält. Es gelangen zur Ausführung die beiden Symphonien in g-moll und Es-dur. Zwischen beiden wird der junge und sehr begabte Geiger Hermann Diener aus Heidelberg das Violinkonzert A-dur spielen.

Der Verband der bad. landwirtschaftlichen Genossenschaften und die ihm angeschlossenen Korporationen werden am 15. und 16. Mai in Heidelberg tagen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Mannheimer Wäberanstaltungen 1924.

Die Mannheimer Wäberanstaltungen werden in diesem Jahre wieder einen größeren, dem Friedensstand angemessenen Rahmen einnehmen. Es sind eine stattliche Anzahl sportlicher, kultureller und volkstümlicher Veranstaltungen geplant, die viele Fremde nach der Rhein-Neckarstadt zu führen versprechen. Die Sportveranstaltungen ziehen sich über den ganzen Mai hin. Den Auftakt bilden die weitberühmten Mannheimer Frühjahrsfahrräderrennen auf der idealen Rennbahn — Klein-Grünevald — wie die Rennsportler sagen. (Am 3., 6. und 11. Mai.) Die internationalen Reisspiele des Vereins für Rasenspiele reihen sich am 4., 11. und 18. Mai an. Der Mannheimer VfR. wird sich auf dem Rasen mit den führenden Wiener, Berner und Londoner Clubs treffen. Sonntag, der 18. Mai, steht fast ganz im Zeichen sportlicher Veranstaltungen; der Staffellauf „Rund um Mannheim“ wird vor sich gehen, turnerische und rasensportliche Ereignisse häufen sich an diesem Tage. — Die Musik wird im Rahmen der Wäberanstaltungen — wie allgemöht — ihren Platz haben. Neben hervorragenden Neueinstudierungen der Oper des Nationaltheaters werden einige Veranstaltungen G. Fr. Händel gewidmet sein, zu dessen Wiederbelebung der Mannheimer Generalmusikdirektor Rich. Zeit mit Kennen und Können u. beigetragen hat. Händels Oper „Julius Cäsar“ wird einige Aufführungen erleben und sein großes Oratorium „Saul“ kommt am 16. im Rabelungersaal zu Gehör. Die Männergesangsvereine werden sich am 18. Mai in einem großen Wertungsingen messen. Die Handelshochschule bringt vom 19. bis 23. Mai eine „Woche für Wirtschaft und Kultur“, 20 Vorträge von hervorragenden Wissenschaftlern u. Praktikern des Wirtschaftslebens. Im Mittelpunkt der volkstümlichen Veranstaltungen steht der Mai-Markt (am 4., 5. und 6. Mai) und ein Neckar-Nachfest am 8. Mai mit großem Feuerwerk, Corso illuminiertes Boot, Musik usw. Wer sich das jetzt erscheinende Programm (zu beziehen durch den Verkehrsverein Mannheim gegen Einsendung von 40 Pfg.) ansieht, findet über etwa darin verzeichnet, was ihn zu einer Fahrt nach Mannheim lockt.

**Tagung der Arbeiter-Turn- und Sportbünde.** Der 12. Kreistag des 10. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes tagte über die Ostertage in dem neu errichteten Eigenheim des Brudervereines in Rheinau bei Mannheim. Im Laufe der Tagesordnung gab der Kreisvorsitzende bekannt, wie die „Vollstimme“ berichtet, daß der Kreis 332 Vereine mit 42 500 Kreisangehörigen zählt, wozu 3500 Frauen und 2300 Mädchen kommen. Es wurde die Wiedereinführung des Kreisblattes beschlossen. Am 27. Juli findet in Mannheim ein Kreisfest statt. Die Beratungen wurden am Ostermontag mit der Bekanntgabe geschlossen, daß der nächste Kreistag 1926 in Lahe stattfinden wird. Ein Festkommers am Sonntag Abend vereinigte die überaus zahlreich erschienenen zu einigen gemüthlichen Stunden.

**Die Kraftwagenlinien im Schwarzwald.** Die regelmäßige Durchführung der Kraftwagenposten im Schwarzwald war im vergangenen Winter infolge der großen Schneemassen außerordentlich erschwert, bewegt sich doch der Fahrweg vieler Linien durchschnittlich in einer Höhe von 1000 m. u. d. M. Die auf den Feldberg bis etwa 1300 m. u. d. M. führende Strecke dürfte überhaupt die höchstgelegene regelmäßig verkehrende Kraftwagenlinie in Deutschland sein. Nachdem die Schnee- und Wegeverhältnisse in letzter Zeit wieder besser geworden sind, ist der Kraftwagenverkehr auf fast allen Linien wieder aufgenommen worden. Seit einiger Zeit sind u. a. die Linien: Titisee—St. Blasien, Wehr—Todenmoos, Triberg—Furtwangen—Mühlbach und Neustadt—Böhrnbach wieder in Betrieb. Am 1. Mai werden die Linien Freiburg—Kollschrei (1121 m. u. d. M.)—Todenau—Schönau und Freiburg—St. Märgen (bisher ab Kirchgarten) wieder aufgenommen werden. Die Kraftwagenlinien auf den Feldberg verkehrt vorläufig nur bis zur Schneegrenze ab dort Weiterfahrt mit Schlitten. Die Kraftwagenlinien von Mühl nach den Höhenkurorten Wiedenfels, Sand, Hundsdorf, Herrenwies, Klätzig und Bählerhöhe verkehren bereits zweimal wöchentlich. Dienstag und Samstag jeweils 4 Uhr 20 nachm. ab Mühl. Die ausführlichen Kraftwagenfahrpläne nach dem neuesten Stand sind in der neuen Ausgabe des amtlichen grünen Kursbuchs für Baden enthalten. Auskunft wird auch durch den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe erteilt.

Der Hotelführer für Baden 1924, herausgegeben vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe ist soeben erschienen. Er bietet eine reiche Auswahl an Erholungsstätten im Badenerland. Gerade die Vielgestaltigkeit der ausgedehnten Erholungsgebiete im Schwarzwald, am Bodensee, Rhein und Neckar mit den zahlreichen Heilquellen und Sommerfrischen in Höhen bis zu 1500 m. u. d. M. erleichtert die Wahl eines

zur Untersuchung des Falles und der findet, daß man, wenn man dieses und jenes weglasse, das und das verändere und eines oder beide Augen zudrücke, schließlich den Entwurf ausführen könne, zumal man keine Handhabe besitze, um die Gemeinde zur Wahl eines anderen Architekten und damit zur Aufstellung eines geeigneten Entwurfes zu veranlassen. Und so wird nun, wie gesagt, an einem der schönsten Punkte unseres Landes, in der Nachbarschaft eines wunderbaren alten Klosters, demnächst wieder eine solche Banalität entstehen, wie wir sie leider an hundert anderen Orten schon zu unserem Ärger und zum Schaden unserer Kultur gesehen haben. Für die vorliegende Aufgabe wäre der beste Architekt gerade gut genug gewesen, um durch eine ganz reife Leistung das Landschaftsbild vor Schäden zu bewahren, und, was doch empfehlenswert ist und was die Alten immer fertiggebracht haben, ihm einen Bau einzufügen, der der künstlerische Mittelpunkt seiner Umgebung hätte werden und die Erscheinung des Landschaftsbildes in der vorteilhaftesten Weise hätte haben können. Ein Kunstwerk entsteht aus einem Guß. Da läßt sich nichts hinzufügen oder wegstreichen und umändern. Abänderungsvorschläge, wie sie der Sachverständige der Regierung gemacht hat, mögen noch so gut gemeint sein, sie schaffen einen Kompromiß, und das Resultat wird allergnähigsten Falles eine Dudenware, die den Beschauer fast läßt, nie aber ein Kunstwerk sein. In einem Ort des badischen Oberlandes, der durch sein empfindbare Bauten der barocken Spätzeit ausgezeichnet ist, soll ein neues Rathaus erstellt werden. Ein Sachverständiger des Vereins wurde zur Prüfung der eingegangenen Entwürfe aufgefordert und hat auch seine Tätigkeit ausgeübt mit dem Ergebnis, daß keine der eingereichten Arbeiten auch nur entfernt für die Ausführung in Betracht käme. Daran arohe Entrüstung der Planfertiger, Sturmkaufen gegen den Verein, den Sachverständigen des Vereins und eine Verleumdung des Gemeinderates und der Gemeinde durch diese Leute, daß die einschichtigen Gemeinderäte und der Bürgermeister nicht mehr wissen, wo sie ein und aus sollen. Es ist bedauerlich, daß keine geschickten Bestimmungen vorhanden sind, durch die man die Gemeinden zur Aufstellung geeigneter Entwurfsgewandter Gebenden, der Städte und Ortsbilder wird man ohne solche geschickten Bestimmungen auf die Dauer

nicht ausüben können. Es werden gewiß genug Gesetze gemacht und Verordnungen erlassen. Warum entschließt man sich nicht endlich in letzter Stunde, auch hier mit der Gesetzgebung einzugehen? Siderlich wäre der beste Schutz unseres Heimatlandes geschaffen, wenn allgemein das Verständnis geboten, der Gedanke gebildet und unsere künstlerische Kultur wieder Allgemeingut geworden wäre. Mit Eifer arbeiten viele an dieser Aufgabe, aber wenn sie je gelöst wird, so werden darüber noch viele Jahrzehnte vergehen und bis dahin ist unser Heimatland ohne Gesetze zu seinem Schutz verhandelt, und das allgemeine Verständnis für Kulturfragen kommt zu spät.

Wir richten an alle Freunde unserer Heimat, an alle Behörden, an alle Gemeinderäte und Bürgermeister die dringende Bitte, uns möglichst frühzeitig, wenn die Absicht zum Bau eines Rathauses oder Rathauses, eines Schulhauses, einer Wasserkanalanlage, einer Kriegerdenkmal, eines Straßen- oder Bahnhofs, der landschaftlich hervorragende Punkte berührt, besteht, beizugehen. Wir sind in allen Fällen gerne bereit, einen Sachverständigen zu schicken oder für die Ausführung geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. Freilich können wir, das sei nebenbei bemerkt, in unseren schwierigen Zeiten unsere Rathschläge nicht völlig kostenlos erteilen. Vielfach stellen unsere Sachverständigen ihre Zeit ehrenamtlich zur Verfügung, aber ihre Ausgaben müssen ersetzt werden und da, wo Plannamen und Vorschläge durch uns oder durch unsere Mitarbeiter erfolgen, müssen solche bezahlt werden. Früher war es dem Verein möglich, in vielen Fällen ganz kostenlos seine Beratungen durchzuführen. Das ist, wie jedermann leicht einsehen wird, heute nicht mehr der Fall.

Über die Ausführung von Kriegerdenkmälern ist noch einiges zu sagen. Auch auf diesem Gebiete war der Verein vielfach tätig. Leider haben die Erfolge seiner Tätigkeit an vielen Orten gefehlt. Was oben über die Architekten gesagt wurde, gilt auch für die Ausführungen von Kriegerdenkmälern. Leider wird selten ein tüchtiger Bildhauer beauftragt. Vielfach ist es der für die Aufstellung eines selbständigen Entwurfes ganz ungeeignete Grabsteinbildhauer des nächsten Ortes, den man bezieht, oder ein Granitsteinbruchbesitzer, der es versucht, sich den Gemeinderäten anzubiedern, erhält die Ausführung. Häufig findet man die Ansicht vertreten, wenn das Denkmal

nur aus Granit sei, dann sei es schon was Rechtes. Gegen die Verwendung des Granits haben wir nichts einzuwenden. Auch dieses Material kann wie jedes andere, wenn man es richtig zu behandeln versteht und aus ihm die künstlerischen Möglichkeiten herausholt, für die Ausführung in Betracht kommen. Die Hauptfrage ist immer wieder die Lösung der Personfrage. Es muß der richtige Künstler, der geeignet: Bildhauer gefunden werden. Wenn man sich die große Zahl der seither im badischen Land entstandenen Kriegerdenkmäler betrachtet, so findet man kaum, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, etwas wirklich Gutes und Schönes darunter, und wenn spätere Geschlechter den Stand unserer künstlerischen Kultur nach diesen Leistungen beurteilen werden, so wird nichts Schmeichelhaftes für uns aus diesen Urteilen herauskommen.

Wir werden uns durch Mißerfolge in unserer Arbeit nicht beirren lassen. Mag tauschlich künstlerische Unkultur, Sinnlosigkeit, einseitige Sportfertigkeit und oberflächliche Banalität unserer Zeit den Stempel aufdrücken, wir werden unserer Fahne treu bleiben und sie hoch halten und nicht ablassen, dahin zu streben, unseren Kindern und Enkeln das Erbe einer großen Vergangenheit möglichst unbeeinträchtigt zu erhalten und, wenn auch in Wenigem, ihnen darzutun, daß in unserer Zeit Kunst und Kultur nicht untergegangen waren, sondern in treuen Herzen eine Stätte fanden, die sie hinüberreitet über die Trostlosigkeit der Gegenwart.

Die Thome-Ausstellung in der Schweiz hat auch in Zürich einen außerordentlichen Erfolg gehabt und wurde von Tausenden von Personen besucht. Vorträge, die Herr Dr. Oberlein sowie Prof. E. Württemberg hielten, dienten dazu, die Kunst des großen Meisters auch denjenigen Kreisen verständlich und zugänglich zu machen, die ihr bisher noch fremd gegenüberstanden. — Nun soll die Ausstellung in einer veränderten und vor allem auch erweiterten Form in der Landeshauptstadt Bern gezeigt werden. Die Kunsthalle in Bern hat Direktor Dr. Stork beauftragt, die Einrichtung auch dieser Ausstellung zu übernehmen. Die Vorbereitungen sind bereits in vollem Gange.

# Handel und Wirtschaft

## Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	30. April		29. April	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam	1 573 600	1 581 400 <sup>1</sup>	1 571 100	1 578 900 <sup>1</sup>
Kopenhagen	708 200	711 800 <sup>1</sup>	705 200	708 800 <sup>1</sup>
Italien	188 500	189 500 <sup>2</sup>	188 500	189 500 <sup>1</sup>
London	18 405 000	18 445 000 <sup>1</sup>	18 405 000	18 495 000 <sup>1</sup>
New York	4 190 000	4 210 500 <sup>1</sup>	4 190 000	4 210 500 <sup>1</sup>
Paris	272 300	275 700 <sup>1</sup>	272 300	275 700 <sup>1</sup>
Schweiz	746 100	749 900 <sup>1</sup>	746 100	749 900 <sup>1</sup>
Bras.	124 600	125 400 <sup>1</sup>	124 600	125 400 <sup>1</sup>
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200 <sup>100</sup>	60 800	61 200 <sup>100</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Im Zentralausch der Reichsbank erklärte Präsident Dr. Schacht, in der Kreditpolitik sei die Reichsbank von zwei Seiten angegriffen worden. Den einen gebe sie zu wenig, den anderen zu viel. Das Reichsbankdirektorium sei sich aber klar darüber, daß in unserer jetzigen Situation die Einschränkung und Beschränkung bestehender Kredite und das Festhalten an der neuen Gebahrung das Gebotene sei. Es komme alles darauf an, jetzt die Währung zu halten. Dies sei wichtiger, als wenn die Wirtschaft an einigen Stellen durch nicht zureichende Kreditversorgung Schwierigkeiten habe oder ins Stoden gerate. Von einer Diskontenerhöhung verspreche man sich zurzeit nichts. Bei dieser Auffassung stehe die Bank immer noch. Angesichts der großen Menge von Kredit, die der Landwirtschaft gegeben werden mußte, würde es für diese zu schwierig sein, einen zu hohen Zinsfuß zu zahlen, während dieser bei manchen anderen Kreisen häufig nicht diese Rolle spiele; bei der jetzigen Kreditnot würde jeder Zinsfuß bezahlt. Die Diskontenerhöhung könne derzeit nicht als Mittel der Kreditpolitik gelten, und es bleibe nichts übrig, als auf dem Restriktionswege fortzufahren. Gegenüber Ungerechtigkeiten, die durch die schematische Anwendung unterlaufen müßten, solle auf einen Ausgleich hingewirkt werden. Da die Deutsche Goldkreditbank eine Abteilung der Reichsbank sei, dürfe man über sie auch im Zentralausch berichten und also sagen, daß sie seit der Aufnahme der Geschäfte am 16. April bis jetzt ganz erhebliche Kredite schon zugesagt habe, nämlich 1,6 Mill.; davon wurden 1,1 Mill. und 500 000 Mark tatsächlich abgerufen. Die Einzahlung auf das Aktienkapital von 10 Mill. beträgt in Prozent daselbst, tatsächlich 82,5 Prozent wie vorher. Diese Einzahlungen liefen zum kleineren Teil in Gold und ausländischen Noten ein, zum größeren Teil natürlich in Devisen. Bezüglich der zweiten Reichsbankkredite im Ausland, nämlich in Amerika, wurde erwähnt, daß die Deutsche Goldkreditbank selbst ihn zunächst auf 5 Mill. begrenzte, aber die Option auf weitere Summen behalten habe. Der erste öffentliche Ausweis der Goldkreditbank soll, nachdem derjenige per 23. April zu geringfügig erscheint, per ultimo April veröffentlicht werden. Bezüglich der Frankenspekulation wurde ausgeführt: Wenn in einem Lande, das die Währungsrisiken derart kennen gelernt hat wie Deutschland, noch derartige Spekulationsengagements nach allen Richtungen neu eingegangen würden, so sei das für die Zentralbank wirklich kein Grund, ihre jetzige Kreditpolitik zu verlassen. Es folgten noch vertrauliche Erörterungen über die Pläne der Regierung bezüglich der Vorschläge des Expertenkomitees für eine künftige Deutsche Emissionsbank.

Süddeutsche Getreide- und Strohpreise. Es notieren an der letzten Börse je 100 Kilogramm Weizenheu 9,50-10 (unb.), Kleehheu 10-11 (unb.), drahtgepreßtes Stroh 6-6,50 Mark (unb.).

Die Weltzuckerproduktion. Die Weltzuckerproduktion wird nach einer Schätzung des Ackerbauamts in New York in diesem Jahre 21 600 000 Tonnen betragen. Im Vorjahre war sie 20 400 000 Tonnen; der Rekord vorher war 21 000 000 1913/14. Im letzten Jahrzehnt hat sich eine bedeutende Verschiebung in der Branche vollzogen, denn das Produkt wird jetzt zu 71 Prozent aus Zuckerrohr und nur zu 29 Prozent aus Rüben gewonnen, während vor dem Kriege 50 Prozent Rübenzucker produziert worden waren.

Frühjahrs- und Sommeraufenthaltes den jeweiligen Wünschen entsprechend in besonderem Maße. Die Hotels in Baden und dem Schwarzwald haben sich von jeher auch im Wettbewerb mit dem Ausland eine führende Stellung zu erhalten gewußt, daneben besteht eine große Anzahl gutgeführter einfacher Gaststätten, die ebenfalls treffliche Unterkunft und bekamt gute Verpflegung zu durchaus mäßigen Preisen bieten. Der neue Hotelführer, zu dem Anfang Mai ein Nachtrag erscheinen wird, unterrichtet über die Einzelpreise, gibt ergänzende Mitteilungen zu den verschiedenen Fremdenbetrieben, einige gute Illustrationen machen mit der reizvollen Schönheit der Schwarzwaldlandschaft und den interessanten vielbesuchten Fremdenstädten des bad. Landes bekannt. Bezug durch den Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, gegen Portoersatz sowie durch die Reise- und Verkehrsbüros.

Mannheim, 29. April. In dem gestrigen Bericht über die Trauerfeier für Dr. Helfferich war über eine Trauerfeier des Stadtrats der Vaterstadt Helfferichs berichtet, die bekanntlich Reustadt a. S. ist, nicht Mannheim, wie infolge eines Druckfehlers in dem Bericht zu lesen war.

DZ. Mannheim, 29. April. Anlässlich der Neuordnung des Historischen Museums fand am 27. ds. Mts. eine Eröffnungsfeier unter zahlreicher Teilnahme der Spitzen der Behörden im Stadtgeschichtlichen Museum statt. Als Vertreter der Stadtverwaltung begrüßte Bürgermeister Dr. Walli die Erschienenen und dankte allen am Ausbau Beteiligten, insbesondere auch dem Mannheimer Altertumsverein, durch dessen 65-jährige Tätigkeit die Hauptbestände dieser Sammlungen zusammengebracht worden sind. Der Vorsitzende des Altertumsvereins, Geh. Rat Caspari, gab dem Wunsch Ausdruck, daß das Museum von den öffentlichen Körperschaften nachdrücklich gefördert werde. Museums-Direktor Prof. Dr. Walter dankte für die dem Museum gewidmeten freundlichen Worte. Dem Rundgange durch das Stadtgeschichtliche Museum schloß sich eine Besichtigung der neuingerichteten fünf Säle der Altertumsammlungen an.

DZ. Heidelberg, 29. April. In einer hier stattgefundenen Besprechung der Leiter und Förderer süddeutscher Kulturfilmbühnen wurde die Gründung einer Süddeutschen Gruppe des deutschen Filmbundes beschlossen.

DZ. Pforzheim, 29. April. Die Sägerei der Kraftfahrzeugwerke in Brötzingen wurde heute nacht durch Feuer zerstört.

DZ. Ottenau (Murgtal), 28. April. In der Nacht zum Montag brach in der Holzstoff- und Pappfabrik von Wielandt und Weber ein Brand aus, der durch intensive Tätigkeit der Feuerwehren auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Über die Ursache des Brandes ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Der Schaden wird auf über 100 000 Mark geschätzt.

DZ. Lipburg (Amt Mühlheim), 29. April. Zwischen Luisenburg und Sehringen verursachte vermutlich die Schneefmelze vor ungefähr 4 Wochen einen kleinen Bergsturz, der die Abfuhr des Fuhweges von der Luisenburg zum Waldsee nötig machte. Da infolge des Bergsturzes auch die alte Gipsgrube einstürzte, ist bereits wieder mit Neubearbeitungen an einer anderen Stelle begonnen worden.

DZ. Konstanz, 29. April. Am 30. April verläßt der Bataillonstab des Jägerbataillons mit den drei Kompanien den Standort, um auf dem Truppenübungsplatz Münsingen Gefechts- und Schießübungen abzuhalten. Die Maschinenabwehr- und Minenwerferkompanie sind bereits dorthin abtransportiert.

DZ. Meichenau, 29. April. Zu der 1200jährigen Gründungsfeier der Abtei Meichenau, soll auch der Erzbischof von Freiburg sowie voraussichtlich der päpstliche Nuntius Pacelli erscheinen.

DZ. Mühlhingen O/M. Verrenberg, 28. April. Kinder hatten sich am Samstag Abend auf dem Friedhof aufgehoben und wollten dem Ausgang zusehen. Da machte sich das 8-jährige Mädchen Charlotte des Maurermeisters Jakob Sindlinger nach an einem Grabstein zu schaffen. Plötzlich kippte der schwere Sandstein um und drückte die Kleine zu Boden. Es war sofort Hilfe zur Stelle und man trug das verwundete Kind nach Hause. Dort verschied es wenige Augenblicke später.

DZ. Stuttgart, 28. April. Generalleutnant a. D. Karl von Wöh ist hier im Alter von 70 Jahren gestorben.

- A: Nun schon wieder einen neuen Anzug? Du scheinst unheimlich Geld zu verdienen.
- B: Ich habe doch 5000 Mark in der Lotterie gewonnen. Du wollest dir doch vorigen Monat auch ein Los beim Einnemer Zwerg kaufen, hast wohl eine Nichte gezogen?
- A: Ich Rindvieh bin damals nicht dazu gekommen. Mich hat das Geld gereut und heute ärgere ich mich, daß ich nicht doch ein Los genommen habe. Jetzt ist es natürlich zu spät.
- B: Zu spät keineswegs! Am 10. Mai spielt erst die dritte Klasse. Da kannst Du immer noch mitmachen; daß ich jetzt schon rausgekommen bin, ist ja besonderes Glück, aber in der fünften Klasse bei den tausenden von großen Gewinnen etwas zu kriegen ist kein Kunststück. Du mußt natürlich die ersten beiden Klassen nachbezahlen, es sind dafür aber auch jetzt bedeutend weniger spielende Lose und die Chancen für Dich viel günstiger.
- A: Meinst Du, daß man noch Lose bekommt?
- B: Ganz sicher, hast Du die Annonce vom Lotterie-Einnemer Zwerg nicht gelesen? Es scheint mir, als ob man bei dem Manne Glück hat, gehe nur hin in die Hebelstraße, vielleicht kannst Du Dir zu Pfingsten ein Motorrad kaufen. D.299

**Methode Ritter**  
Sprachlehr-Institut  
Anmeldungen täglich für Kurse und Privatstunden  
**Leopoldstraße 1**  
(am Kaiserplatz) D.4

### Krankenkasse der badischen Gemeindebeamten

Vericherungsverein auf Gegenseitigkeit - Sitz Mannheim.

### Einladung zur 14. ordentlichen Mitgliederversammlung

Sonntag, den 18. Mai 1924, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr im Rathausaal in Baden-Baden.

Tagesordnung: 1. Jahres- und Rechnungsbericht; 2. Bericht der Rechnungsprüfer; Entlastung des Vorstandes; 3. Beiträge und Leistungen; 4. Vorstandsergänzung; 5. Wahl der Schiedsrichter; 6. Anträge und Wünsche.  
Hieran anschließend außerordentliche Mitgliederversammlung.  
Tagesordnung: Beschlußfassung über den Antrag des Kassenvorstandes auf Auflösung der Kasse und Gesamtübertritt der Kassemitglieder in die Krankenkasse für die Gemeindebeamten und Angestellten des Deutschen Reichs in Coblenz. Zur Beschlußfassung über eine Auflösung der Krankenkasse ist es nach § 32 der Satzung notwendig, daß 2/3 der Kassemitglieder anwesend oder vertreten sind.  
Mannheim, den 26. April 1924. D.300  
Der Vorstand:  
Kassen. Volkmann.

### Öffentliche Erinnerung.

An die auf 30. April 1924 zu leistende erste Vorauszahlung auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924 wird hiermit öffentlich erinnert. B.296  
Wer bis zum 7. Mai 1924 Zahlung nicht geleistet hat, hat Verzugszuschläge zu entrichten.  
Es sind zu leisten: 5 Goldpfennig für je 100 Mark Steuerwert des Grundvermögens nach dem Stand vom 31. Dezember 1922 und 5 Goldpfennig für je 100 Goldmark Betriebsvermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1923. Wer seine Steuererklärung bis zum 15. April 1924 nicht abgegeben hat, hat das achtfache der auf 30. September 1923 für das Rechnungsjahr 1923 für Grund- und Betriebsvermögen festgestellten Goldmarkvorauszahlungsschuld zu entrichten.  
Man zahle bar gelöst.  
Karlsruhe, den 29. April 1924.  
Die Finanzämter Stadt und Land.

### Badisches Landestheater.

Donnerstag, 1. Mai, 7<sup>1/2</sup> u. 10 Uhr. Sp. I. M. 4.20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-700, 2101-2200, 7401-7800.

### Kyritz-Pyritz.

**Detektiv** Institut  
"Argus"  
Mannheim  
P. 6. 6.  
Planke 2.47  
Fernspr. 3305  
R. Maler & Co., G. m. b. H.

### Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Mai 1914 Einträge in unsern Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen.  
Die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.  
Ein Verzeichnis der in unsern Büchern vor dem 1. Mai 1914 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen.  
Miffenheim, 30. April 24.  
Das Pfandgericht.  
Knebel, Bürgermeister.  
Der Vereinigungsbeamte: Wintler, Kasschreiber.

### Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Süß (Zfhr.)

### Jagd-Verpachtung

des badischen Forstamts Karlsruhe Donnerstag, den 8. Mai 1924, vormittags 10 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer, Schloßbezirk 11, ab 1. Februar 1924:  
1. Domänenjagd auf dem Hiltz der Ab liegenden Teil des Kammergutes Müppurr (113 ha),  
2. Domänenjagd auf dem westlich der Ab liegenden Teil des Kammergutes Müppurr unter Einschluß des Staatswaldes "Forstlach" (140 ha).  
Bedingungen auf dem Forstamt. B.256.2.1

Ein Verzeichnis der in unsern Büchern vor dem 1. Mai 1914 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen.  
Miffenheim, 30. April 24.  
Das Pfandgericht.  
Knebel, Bürgermeister.  
Der Vereinigungsbeamte: Wintler, Kasschreiber.

Hochbauarbeiten zum Umbau und Einbau des Wärters, Abort- und Hauswirtschaftsgebäudes auf Station Naumünzach öffentlich zu vergeben: a) Verputzarbeiten, b) Malerarbeiten, c) Schreinerarbeiten, d) Schlosserarbeiten, e) Klempnerarbeiten. Pläne und Bedingnisheft liegen auf unserm Hochbauamt im 2. Stock des neuen Aufnahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvorbrude von persönlich erscheinenden Bewerber gegen Erlass der Selbstkosten in Empfang genommen werden können. Die Kosten für die Angebotsvorbrude betragen für a und b = 40 Pf., für c = 60 Pf., d = 50 Pf., für e = 30 Pf. Zuendung der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt. Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift "arbeiten zum Umbau des Wärtersgebäudes Naumünzach" versehen. längstens bis Montag, den 5. Mai 1924, vormittags 11 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 22. April 1924. Bahnaufsicht 2. (209)

## Staatsanzeiger

Dem Ministerpräsidenten in Konstanz und dem ev. Kirchen-gemeinderat in Hochhausen a. R. wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Geldlotterie erteilt. Ziehungstag: 14. November 1924.

Karlsruhe, den 25. April 1924

Der Minister des Innern  
J. B. Leers

### Berichtigung

Ziffer 9 Absatz 2 der Bekanntmachung in obiger Angelegenheit vom 5. April 1924 muß lauten:  
"die Gemeinden Bonndorf, Boll, Brunnader, Ebnet, Faulenfürst, Geafenhausen, Gündelwangen, Holzschlag, Schönenbach, Weillendingen und Wittelosen dem Dienstbezirk des Bezirksarztes Reustadt, die übrigen Gemeinden demjenigen des Bezirksarztes in Waldshut."

Karlsruhe, den 26. April 1924

Der Minister des Innern  
J. A. Knospberger

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

### Bericht:

Revisionsinspektor Wilhelm Käthe in Ettenheim zum Bezirksamt Waldkirch, Revisionsinspektor Ernst Kaiser in Bonndorf zum Bezirksamt Waldshut.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts

#### Ernannt:

Den Pfarrer in Gaimbach und a. o. Professor an der Universität Freiburg Dr. Franz Keller zum ordentlichen Professor für Moralphilologie an der Universität Freiburg, den Professor an der Oberrealschule und Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Vinus Bopp zum ordentlichen Professor der Pastoraltheologie an der Universität Freiburg.  
Gerichtsassessor Dr. Kurt Galm mit Wirkung vom 1. April 1924 zum Regierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

#### Berufen wurde in gleicher Eigenschaft:

Schulinspektor Hugo Wildenberger in Lahe an das Kreis-schulamt Emmendingen, Schulinspektor Edmund Reinmuth in Pforzheim an das Kreis-schulamt Karlsruhe.

#### Arbeitsministerium

#### Ernannt:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Engelhardt für die Dauer seines Hauptamtes zum richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamts im Nebenamt.

## Sie und Ihre Familie

haben Vorteil, wenn Sie Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz verwenden. Sie bieten Ihrer Familie ein besseres feines Kaffee-Getränk und machen trotzdem Erparnisse. Tausende von Haushalten haben diese Erfahrung gemacht, ein Versuch wird es Ihnen bestätigen.

Gilberpaket 30 Pf., Dose 40 Pf. in allen Geschäften.